

«Beteiligung heisst, sich zu informieren»

Roberto Peña hat am Seelandgymnasium Biel eine Podiumsdiskussion mit Politikern mitinitiiert. Er spricht über das Verbot im Kanton Waadt und die Wichtigkeit von politischer Beteiligung.

Interview: Nicolas Geissbühler

Roberto Peña, zehn Wochen vor den Wahlen dürfen im Kanton Waadt an den Schulen keine Debatten mit Kandidierenden mehr stattfinden. Der Kanton hat kürzlich ein Verbot verhängt. Das Seelandgymnasium Biel führt nun ein Podium mit fünf Politikern und Politikerinnen durch. Was halten Sie vom Verbot im Kanton Waadt?

Roberto Peña: Gerhard Pfister, Parteipräsident der Mitte, hat bereits ein passendes Statement abgegeben und gesagt, es sei lächerlich. Dieses Verbot ist tatsächlich kontraproduktiv. Die Jungen sollen an der politischen Debatte teilnehmen. Wir haben Vertreter von fünf verschiedenen Parteien eingeladen, so ist die Diversität gewährleistet. Die Schüler sollen das Podium vorbereiten und leiten, damit es möglichst wenig Berührungspunkte gibt, Fragen zu stellen. Wir haben uns zudem bewusst dafür entschieden, Jungpolitiker und -politikerinnen einzuladen, da diese näher an unseren Jugendlichen sind – auch wenn sie manchmal noch ungeschliffen daherkommen.

Der Erziehungsdirektor des Kantons Waadt hat das Verbot unter anderem damit begründet, dass nicht immer alle Politiker zu Wort kommen würden. Stellen Sie dies sicher an Ihrem Podium?

Das stellen nicht wir Lehrpersonen sicher, sondern die Moderationsgruppe. Diese wurde von den zwei Lehrpersonen, die das Ganze leiteten, auch dazu gebrieft, wie man Diskussionen führt. Aber: Wir Lehrpersonen haben uns gesagt, dass wir nicht eingreifen. Die Moderatorinnen konnten die Moderation vorher im kleinen Rahmen üben, aber wir liessen sie dann machen. Mit dem Risiko, dass diejenigen Politiker, die sich eloquenter ausdrücken und eher Alphatierchen sind, sich dann eher in den Vordergrund stellen,



Roberto Peña, Fachschaftsleiter Geschichte am Seelandgymnasium Biel.

Bild: Matthias Käser

weil die Schülerinnen sie nicht unterbrechen.

Im Zuge des Verbots im Kanton Waadt wurde der Vorwurf

laut, dass der Lehrplan für politische Bildung zu vage sei. Finden Sie, es braucht genauere Vorgaben?

Nein, ich schätze den Maturitäts-

lehrplan sehr, gerade weil er viel Freiheiten lässt. Jede Lehrperson macht es unterschiedlich. Ich persönlich gehe mit jeder Klasse mindestens einmal nach Bern

ins Bundeshaus. Andere besuchen jeweils eine Stadtratssitzung in Biel – und das ist auch toll so.

Neben den Besuchen im Bundeshaus: Wie bilden Sie Ihre Schülerinnen politisch?

Im Maturitätslehrplan steht, dass wir selbstständige, mündige Bürger produzieren sollen. Für mich gehört da die Partizipation dazu. Zuerst einmal sollen sich die Schülerinnen selber Gedanken zu einem Thema machen und eine eigene Meinung formulieren können. Und dann sollen sie merken, dass man verschiedene Meinungen zu diesem Thema haben kann. Ich mache immer vor Abstimmungen eine solche Polit-Einheit, also viermal im Jahr. Wir wählen dann eines der Themen aus, ich bilde Pro- und Kontragruppen – und zwar nicht, indem ich sie nach ihren tatsächlichen Meinungen einteile, sondern willkürlich. Dann müssen sie die zugeteilte Position vertreten. In einem zweiten Teil können sie ihre eigenen Mei-

nungen vertreten und diese diskutieren.

Vermitteln Sie da auch, dass es unterschiedliche Standpunkte gibt und dass das legitim ist?

Unbedingt! In den Klassen vertreten in diesem Alter in der Regel etwa vier Fünftel der Schülerinnen und Schüler eher linke Positionen und ein paar wenige eher rechte. Da ist wichtig, dass sich dennoch alle gehört fühlen.

Wann tolerieren Sie eine Meinung nicht?

Wenn eine Meinung aus dem rechtlich tolerierbaren Rahmen fallen würde, würde ich das sagen und diese Grenze aufzeigen. Ich habe das aber in meinem Unterricht – Holz anfassen – noch nie erlebt. Ich versuche auch aufzuzeigen, dass sich die Grenzen immer wieder verschieben. Wir haben das zum 175. Geburtstag der Bundesverfassung analysiert, die sich immer wieder verändert hat. Bei der letzten grossen Revision 1999 war der Passus, dass man aufgrund seiner sexuellen Neigung nicht verfolgt werden darf wie heute – noch nicht Teil der Verfassung. Heute mit der ganzen LGBTQI+-Thematik wäre er wohl drin.

Jungpolitiker stellen sich kritischen Schülerinnen

Zum internationalen Tag der Demokratie hat das Seelandgymnasium Biel (SLGB) gestern ein Podiumsgespräch mit Jungpolitikern und -politikerinnen organisiert. Im Kanton Waadt sind solche Veranstaltungen an Schulen so kurz vor Wahlen nicht mehr erlaubt.

«Das ist wieder einmal SVP-typische Hetze!», wirft die 19-jährige Magdalena Erni (JGP) der Vertreterin der Jungen SVP an den Kopf. Die 21 Jahre alte Stephanie Gartenmann (JSVP) kontert, dass dieser Vorwurf langsam ausgeleiert und billig sei. Auch die SVP setzte sich für Nachhaltigkeit ein, wenn auch mit grundverschiedenen Ansätzen. Finden kön-

nen sich die beiden Jungpolitikerinnen nicht, und dennoch diskutieren sie weiter. Ihnen hören rund 300 Schülerinnen und Schüler des Gymers zu, die nur wenig jünger sind als die beiden Politikerinnen. Die Gymeler sollen verstehen, dass Schweizer Demokratie so funktioniert: Dem Gegenüber zuhören, auch wenn man anderer Meinung ist. Moderiert wird der Anlass von Schülern des Freifachs «Politisches Geschehen».

Die Schülerinnen verfolgen die hitzige Debatte auf der Bühne gespannt, stellen immer wieder Fragen zwischen den Themenblöcken, teils auch brisante. So wird Gartenmann dazu aufgefordert, einen Instagram-Post der

SVP zu kommentieren, der Ausländer als kriminell darstellt: Eine Schlagzeile, in der es um Morddrohungen und Diebstahl geht, wird mit «Das Tagesprogramm eines afrikanischen Migranten in Zürich-Altstetten» beschrieben. Sie rechtfertigt den Post damit, dass keinesfalls alle Ausländer gemeint seien, sondern lediglich die kriminellen.

Überhaupt ist bemerkenswert, wie treu die Jungpolitiker ihrer jeweiligen Parteilinie sind. Alle sprechen immer von «wir», nicht von der eigenen Meinung. Alle bringen dennoch ihre persönlichen Erfahrungen ein, so zum Beispiel Patrick Wittwer (JGLP), der als Pflegefachmann arbeitet. Seine Erfahrungen im

Spital zeigten, dass es bessere Arbeitsbedingungen brauche in der Pflege – und nicht etwa eine Umstrukturierung der Krankenkassen.

Regionaler Vertreter ist Yannick Riesen (FDP) aus Evillard. Er ging selbst am SLGB zur Schule und stellt sich überraschend selten auf die Seite seiner bürgerlichen Kollegin der JSVP. So findet er mit seiner Aussage, dass die Pharmaindustrie zu viel Profit aus unserem Gesundheitssystem ziehe, Zustimmung auf der linken Seite. Oder gesteht ein, dass nur Anreize nicht reichen, um den Klimawandel zu stoppen, sondern ab und zu auch Verbote ausgesprochen werden müssen. (nge)

Was ist Ihrer Meinung nach das wichtigste Prinzip einer Demokratie? Und wie vermitteln Sie dieses im Unterricht?

An einer Demokratie muss man sich beteiligen, das ist ein Grundpfeiler. Im Unterricht machen wir das, indem wir Zeit investieren, um und über Dinge zu sprechen. Ich versuche auch Tools wie Apps zu vermitteln, mittels derer man sich eine Meinung bilden und sich seriös informieren kann.

Info: Roberto Peña ist Leiter der Fachschaft Geschichte am Seelandgymnasium Biel (SLGB) und hat damit die Podiumsdiskussion mitinitiiert. Er ist Geschichts- und Deutschlehrer. Eine ausführlichere Version dieses Interviews finden Sie auf ajour.ch.